

Gemeinsamer Antrag Nr. 49

der Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen,
der Kommunistischen Gewerkschaftsinitiative International,
des Gewerkschaftlichen Linksblocks,
der Mitarbeiter:innen unterstützen das Team,
der Türk-I ,

an die 182. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 13. November 2024

Arbeitslosen- und Notstandsgeld anheben, um ein Leben in Würde zu gewährleisten

Die 182. Vollversammlung der AK Wien fordert die Koalitionsverhandler:innen und in Folge die künftige österreichische Bundesregierung auf, den Arbeitslosenbezug und die Notstandshilfe auf eine mindestens 70-prozentige Nettoersatzrate zu erhöhen sowie die automatische jährliche Valorisierung des Arbeitslosengeldes als dringliche Maßnahme ins Regierungsprogramm aufzunehmen.

Die massive Teuerungswelle der letzten zwei Jahre, insbesondere die besonders eklatanten Preiserhöhungen fürs Wohnen sowie bei Energie und Lebensmittel, stellen für sehr viele Lohn- und Gehaltsbezieher:innen eine große finanzielle Belastung dar. Nicht planbare, aber notwendige Anschaffungen, wie beispielsweise nach einer kaputt gegangenen Waschmaschine, sind oft eine schier unlösbare Katastrophe.

Bei einem Verlust des Arbeitsplatzes gibt es über die Arbeitslosenversicherung nur eine maximal 60-prozentige Nettoersatzrate des Einkommens. In Wahrheit ist die Ersatzrate oft noch geringer, weil bei der Berechnungsrundlage das Vorjahresentgelt, also eines mit einer fehlenden KV-Lohnerhöhung, herangezogen wird.

Die „Versicherungsleistung“ Arbeitslosengeld, die eigentlich geschaffen wurde um das Risiko der Existenzsicherung bei einem Arbeitsplatzverlust zu minimieren und das Leben danach abzusichern, ist für viele nur mehr ein (noch gesetzlich gesichertes) „Almosen“, das weder die Existenz und schon gar nicht die Teilhabe am kulturellen, sozialen und gesellschaftlichen Leben, also ein Leben in Würde, sichert.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrheitlich